

BS-Beschluss öffentlich
B204-08/15

öffentlich: Ja

Drucksachen-Nr.: 06/372

Erfassungsdatum: 22.06.2015

Beschlussdatum:
20.07.2015

Einbringer:

Milos Rodatos

Beratungsgegenstand:

Verhandlungsstand zum Staatstheater Nordost und Einbeziehung der Bürgerschaft UHGW

Beratungsfolge Verhandelt - beschlossen	am	TOP	Abst.	ja	nein	enth.
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen	22.06.2015	11		9	0	5
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur	23.06.2015	8.2		14	0	0
Hauptausschuss	06.07.2015	4.13	auf TO der BS gesetzt			
Bürgerschaft	20.07.2015	6.11		mehrheitlich	8	6

Birgit Socher
Präsidentin

Beschlusskontrolle:	Termin:

Haushalt	Haushaltsrechtliche Auswirkungen?		Haushaltsjahr
Ergebnishaushalt	Ja ☐	Nein: ☒	
Finanzhaushalt	Ja ☐	Nein: ☒	

Beschlussvorschlag

- Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister sowie die Präsidentin der Bürgerschaft, sicherzustellen, dass im Zuge der anstehenden Verhandlungen zu den Fusionsvorschlägen der Theater- und Orchesterstrukturen im östlichen Landesteil eine ausreichende Beteiligung der Gremien der Bürgerschaft sichergestellt wird. Hierzu sollen Vertreterinnen des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur sowie des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen an den zu gründenden Arbeitsgruppen auf Landesebene teilnehmen und die Zwischenergebnisse mit dem jeweiligen Ausschuss beraten.

2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, in den anstehenden Verhandlungen zu den Fusionsvorschlägen für die Theater- und Orchesterstrukturen im östlichen Landesteil darauf hinzuwirken, dass entsprechend des Bürgerschaftsbeschlusses B155-06/15 eine objektive und fundierte Prüfung der Alternativvorschläge (Solidar-Modell sowie Städtetheatermodell) erfolgt.

Sachdarstellung/ Begründung

Auf der Bürgerschaftssitzung am 8. Juni 2015 hat der Oberbürgermeister über den aktuellen Verhandlungsstand zu den Beratungen der Fusionspläne für die Theater- und Orchesterstrukturen im östlichen Landesteil berichtet. Im Rahmen der Verhandlungen sollen nun drei Arbeitsgruppen gebildet werden, die sich mit verschiedenen Aspekten (künstlerischer, finanzielle und rechtliche) auseinandersetzen sollen. Der Oberbürgermeister forderte anschließend die Bürgerschaft auf, Beratungen über mögliche Beteiligungsformen zu führen, die eine Einbindung der Bürgerschaft und ihrer Gremien gewährleistet.

Die hier vorliegende Beschlussvorlage soll eine Grundlage für die Diskussion im Ausschuss bilden und kann entsprechend der Anregungen und Ergebnisse der Diskussion angepasst und/oder erweitert werden.